



## Motionen

**Motion Josef Ebner: Aufhebung Monopol für amtliche Publikationen; Frage der Erheblicherklärung**

Josef Ebner sowie 22 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 18. März 2008 die beiliegende Motion "Aufhebung Monopol für amtliche Publikationen" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

**1 Ausgangslage**

Das kantonale Gemeindegesetz (sGS 151.2) schreibt in seinem Art. 7 vor, dass eine vorgeschriebene oder aus schutzwürdigen Interessen gebotene amtliche Bekanntmachung durch öffentlichen Anschlag und Veröffentlichung im amtlichen Publikationsorgan erfolgt; den Gemeinden wird in Art. 7 Abs. 2 vorgeschrieben, dass die Gemeindeordnung als amtliches Publikationsorgan eine oder mehrere Zeitungen oder ein Mitteilungsblatt bestimmt, das allen Haushalten zuzustellen ist.

Auf der Grundlage dieser kantonalen Vorschrift bestimmt die Gemeindeordnung der Stadt St.Gallen (sRS 111.1) die Tageszeitungen der Stadt St.Gallen als amtliche Publikationsorgane.

Auf kantonaler Ebene laufen derzeit die Arbeiten an einer Totalrevision des Gemeindegesetzes. Es wurde am 17. Januar 2008 zu einer Vernehmlassung eingeladen, welche bis zum 29. Februar 2008 befristet war. Im Vernehmlassungsentwurf sah Art. 5 betreffend amtliche Bekanntmachungen zwar - im Unterschied zum geltenden Gemeindegesetz - keinen öffentlichen Anschlag mehr vor, hielt aber an der Veröffentlichung im amtlichen Publikationsorgan fest, welches - gleich wie im geltenden Gemeindegesetz - als „eine oder mehrere Zeitungen oder ein Mitteilungsblatt, das allen Haushalten zugestellt wird“ definiert wird. Art. 5 des Vernehmlassungsentwurfs führte neu aus, dass amtliche Bekanntmachungen zusätzlich im



Internet veröffentlicht werden können. Im Kommentar zu diesem Art. 5 wurde erläutert, von der nicht mehr zeitgemässen Bekanntmachung im öffentlichen Anschlag sei abzusehen; eine alleinige Publikation im Internet hingegen wurde als unzulässig bezeichnet, weil wegen allfällig nicht vorhandenem Internetanschluss nicht alle Informationsadressatinnen und -adressaten in den Besitz der Information gelangen würden.

Der Stadtrat nahm die Gelegenheit zur Vernehmlassung zum Entwurf des totalrevidierten Gemeindegesetzes wahr und nahm dabei auch zu Art. 5 des Gesetzesentwurfs betreffend amtliche Bekanntmachungen Stellung:

„Bei den amtlichen Bekanntmachungen wird die bisherige Veröffentlichung durch amtlichen Anschlag gestrichen und die Möglichkeit der zusätzlichen Veröffentlichung im Internet erwähnt. Ersteres ist zweckmässig. Letzteres ist einerseits unnötig, andererseits zu wenig weit gehend. Die Gemeinden veröffentlichen ihre Bekanntmachungen bereits jetzt im Internet. Einer besonderen Rechtsgrundlage dafür bedarf es nicht. Erforderlich ist indes eine zukunftssträchtige Regelung, welche die Veröffentlichung im Internet für sich allein als genügende Form der amtlichen Bekanntmachung anerkennt. Die dagegen vorgebrachten Argumente sind nicht stichhaltig. Es gibt keinen übergeordneten Rechtsgrundsatz, der die amtliche Publikation im Internet als ungenügend erscheinen liesse. Zwar trifft es zu, dass heute trotz der weiten Verbreitung des Internets und der einfachen Zugänglichkeit nicht jedermann über einen Internet-Anschluss verfügt und dass Kosten aufgewendet werden müssen, um Zugriff zum Internet zu haben. Das ist aber nicht anders, als wenn die amtlichen Bekanntmachungen in einer Tageszeitung oder im Amtsblatt erscheinen. In Tat und Wahrheit ist die amtliche Publikation im Internet weitaus wirksamer als jede andere Form. Im Übrigen lässt sich auch ein kostenloser Zutritt zu amtlichen Publikationen im Internet herstellen, z.B. an einem öffentlichen Bildschirm am Rathaus, wie er in der Stadt St.Gallen vorhanden ist. Dieser hat im Zeitalter des E-Government die Funktion des amtlichen Anschlags übernommen. Aber selbst ohne solche Möglichkeit ist die Publikation amtlicher Anzeigen im Internet heute als genügend zu erachten.“

In der Botschaft zur Totalrevision des Gemeindegesetzes, welche die Regierung nach der Vernehmlassung am 11. März 2008 an den Kantonsrat richtete, setzte sie sich nicht mit der Begründung des Stadtrats in seinem Vernehmlassungsschreiben auseinander und nahm keine Änderung an Art. 5 des Gesetzesentwurfs vor.

Der Stadtrat möchte jedoch daran festhalten, dass das total revidierte Gemeindegesetz erlauben soll, amtliche Publikationen ausschliesslich über Internet vorzunehmen. Falls eine solche Änderung nicht mit der laufenden Totalrevision des Gemeindegesetzes vorgenommen wird, wird für längere Zeit keine gleich gute Möglichkeit dazu bestehen.



Der Stadtrat richtet sich vermehrt auf das Internet als Kommunikationsmedium aus, weil sich das Medienverhalten des Publikums geändert hat. Diese Entwicklung wird möglicherweise weiter gehen; Bloggs sind nur ein Stichwort dazu.

Eine Wochenzeitung als weiteres amtliches Publikationsorgan neben einer Tageszeitung ist auch deshalb nicht zweckmässig, weil sich unterschiedliche Fristen ergeben bzw. bei Publikationen, bei welchen eine Frist zu laufen beginnt, Flexibilität verloren geht. Fristen beginnen am Tag nach der Publikation zu laufen. Es ist ein Vorteil der Publikation in Tageszeitungen gegenüber jener in Wochenzeitungen, dass auf jeden Wochentag publiziert werden kann.

Der Stadtrat empfiehlt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

## **2 Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion „Aufhebung Monopol für amtliche Publikationen“ wird nicht erheblich erklärt.

Beilage:

Motion vom 18. März 2008

